



Werteverständnis, Demokratie und Rassismus? – Zwischen Studie und Wirklichkeit

Der Blick durch die Brille von Studierenden

„Gerade die regelmäßigen Umfragen zum Vertrauen in Institutionen belegen immer wieder, dass die Polizei hier einen Spitzenplatz einnimmt“, schreibt Innenminister Lewentz in seinem Mitarbeiterbrief vom 5. Oktober 2020.

Dennoch gibt es kaum ein Thema, das derzeit so viel diskutiert wird, wie die Rassismus-Debatte innerhalb der Polizei. Wir als Polizei, die einen Eid auf das Grundgesetz und die Landesverfassung von Rheinland-Pfalz geschworen haben, sehen uns aus einigen Teilen der Gesellschaft mit Rassismus-Vorwürfen konfrontiert. Diskussionen in Politik, Presse und der Bevölkerung reißen in diesem Zusammenhang derzeit nicht ab. Dazu tragen leider auch die neuesten Erkenntnisse aus den benachbarten Bundesländern bei.

Eine angebliche Studie bei der Polizei NRW mit 160 befragten Polizeikommissarsanwärter(inne)n im Zeitraum von 2013 bis 2017 habe ergeben,

dass dort zunächst keinerlei erhöhte fremdenfeindliche Einstellung festzustellen gewesen sei, wobei die geringen Zahlen von fremdenfeindlichen Einstellungen während der Ausbildung zurückgegangen seien.

Dann, kurz nach dem Ende des Studiums habe sich wiederum ein Anstieg der Zahlen bemerkbar gemacht. Diese Studie, die am 23. September 2020 bei DER WELT in einem Interview thematisiert wurde, wirft Fragen auf, weil unter anderem es kein Auftrag zu dieser Studie aus dem im nordrheinwestfälischen Innenministerium gegeben haben soll.

Der Landesvorsitzende Thomas Meyer hat sich persönlich an die Psychologin Frau Nora Krott gewandt.

Hier ein Auszug seines Schreibens:

... in meiner Funktion als Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in Rheinland-Pfalz schreibe ich Sie im Zusammenhang mit dem Onlineartikel „**Kurz nach Berufseinstieg nimmt die Fremdenfeindlichkeit wieder zu**“ des Portals www.welt.de beziehungsweise <https://www.welt.de/politik/deutschland/article216365208/Polizei-NRW-Kurz-nach-Berufseinstieg-nimmt-Fremdenfeindlichkeit-wieder-zu.html> an. Denn mich haben einige Mitteilungen von jungen Studierenden an der Hochschule der Polizei in Rheinland-Pfalz erreicht, die Sie hier nicht sehen.

Es ist gut und richtig, dass externe Stellen auf die Polizei als Exekutive unserer Demokratie

blicken, solange die richtigen Schlüsse daraus gezogen werden. So wie jeder Verkehrstote einer zu viel ist, so ist auch jeder Verdacht einer extremistischen Haltung einer zu viel.

Jedoch wird es Sie nicht wundern, dass ich Ihnen in Ihrer Aussage, Zitat: „**So traurig diese Nachricht ist, sie zeigt auch, dass institutionelle und strukturelle Fremdenfeindlichkeit ein relevantes Thema ist**“, nicht zustimme.

Der Innenminister aus Rheinland-Pfalz, Roger Lewentz, wird in Absprache mit den Gewerkschaften und der Personalvertretung eine Forschungsarbeit in den nächsten drei Jahren in Auftrag geben, die explizit diesen, Ihren Vorwurf, nicht zum Thema haben wird, weil es der Komplexität nicht gerecht wird. Jedenfalls wird anschließend der von Ihnen monierte Mangel einer Datenbasis behoben sein.

Leider wird medial genau das Gegenteil verbreitet, in dem die innenpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Grüne, Frau Pia Schellhammer, sogar als Siegerin in diesem Prozess beschrieben wird und sich in Ihrer Forderung nach einer Rassismus-Studie durchgesetzt habe.

Ich zitiere an dieser Stelle die Premierministerin von Australien, Jacinda Ardern: „*Wir leben in einer zunehmend polarisierenden Welt. In einer Welt, in der immer mehr Menschen die Fähigkeit verlieren, die Position des anderen zu sehen.*“

Dies stelle ich selbst fest und ich bin zuversichtlich, dass Sie diese Feststellung teilen, deren Gründe vielfältig sind.



> Lukas Wingerter

... Der Vorstand der JUNGEN POLIZEI (JUPO), die Nachwuchsorganisation der DPoIG hat sich mit der Aussage der Studie beschäftigt und sich die Frage gestellt, wie es sich in Rheinland-Pfalz darstellt, gerade bei unseren jungen Kolleg(inn)en, die sich mitten im Studium befinden beziehungsweise dieses erst kürzlich beendet haben?

Wer in den Lehrplan, das sogenannte Curriculum beziehungsweise das Modulhandbuch der Hochschule der Polizei schaut, dem fällt auf, dass in den einzelnen Modulen die Themen Demokratieverständnis und Werteordnung gemäß Grundgesetz zentrale Lerninhalte sind. Im späteren Verlauf des Studiums wird auch explizit auf das Thema interkulturelle Kompetenz eingegangen. Hinzu kommt, dass immer wieder in verschiedenen praktischen Übungen die Resilienz gestärkt wird. Resilienz ist die Fähigkeit, persönliche Ressourcen zur Krisenbewältigung zu nutzen.

Genau diese vermittelten und erlernten Fertigkeiten sind es, die nach Meinung der JUPO Rheinland-Pfalz dazu beitragen, dass fremdenfeindliche >

Impressum:

Redaktion:
Volker Maurer (v. i. S. d. P.)
Fürstehofenstraße 6
54329 Konz
Tel. 06501.99605
E-Mail: polizeispiegel@dpolg-rlp.de
Landesgeschäftsstelle:
Adam-Karrillon-Straße 62
55118 Mainz
Tel. 06131.234488
Fax 06131.225267
dpolg@t-online.de
ISSN 0937-4876



Wer mit seinem Handy diesen Code einscann, wird automatisch auf unsere Homepage geleitet.



und rassistische Ansichten bei uns faktisch kein Thema sind.

So kann auch nach Auffassung von Michael Schauß, stellvertretender Vorsitzender der JUPO, ein wesentlicher Punkt dieser Studie und des veröffentlichten Interviews geteilt werden.

„Auch ich bin der Meinung, dass wir als Studierende und Berufsvertretung zusammen mit der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz alles daran setzen, dass diese meinungspolitischen Strömungen durch gezielte Lehre unterbunden werden und diesen auch vorbeugen“, so Schauß.

Im zu Beginn zitierten Mitarbeiterbrief kündigt Innenminister Lewentz eine unabhängige wissenschaftliche Studie zu diesem komplexen Thema an. Auch wenn der Begriff „Rassismus“ nicht im Vordergrund

steht, drängt sich uns jungen Polizeibeamt(inn)en der Eindruck auf, sich einer Vorverurteilung ausgesetzt zu sehen.

Nach Auffassung der JUPO benötigen wir in unseren Behörden und Einrichtungen der Polizei keine Studie, um zu zeigen, dass wir in Rheinland-Pfalz kein (strukturelles) Rassismusproblem haben.

Sehr geehrte Kolleg(inn)en, wir haben in dem dreijährigen Studium gelernt, welche Gefahren da draußen lauern und passen gegenseitig auf uns auf. Wir sind selbstkritisch, hören zu und sehen genau hin. Die JUPO fordert alle gesellschaftlichen Kräfte und die Politik weiterhin auf, der Polizei, ob jung oder alt, ob erfahren oder unerfahren, zu vertrauen.

*Lukas Wingerter,
Vorsitzender JUNGE POLIZEI*

> DPolG Rheinland-Pfalz mit neuem „Outfit“ im Internet

Seit Anfang Oktober präsentiert sich die DPolG-Internetseite www.dpolg-rlp.de in einem neuen Layout.

Sowohl grafisch als auch inhaltlich wurde die Homepage neu gestaltet und unter dem Gesichtspunkt: „Besser informiert – Näher an der Gewerkschaft“, überarbeitet.

Zukünftig befinden sich die jeweils aktuellsten Meldungen bereits auf der Startseite.

Weiterhin beinhaltet die Website neben vielen Informationen rund um die DPolG und die Polizei Rheinland-Pfalz auch ein Kontaktformular, um mit Anliegen jedweder Art per Mausclick unmittelbar mit der Geschäftsstelle in Verbindung zu treten.

Auch der POLIZEISPIEGEL ist in seiner aktuellsten Ausgabe „online“ von dieser Seite aus abrufbar.



© DPolG RP

Gewaltexzesse gegen Polizei und öffentlichen Dienst ächten

Mahnwache von DPolG und dbb Landesspitze in Mainz

Die Deutsche Polizeigewerkschaft mit Thomas Meyer an ihrer Spitze versammelte sich zusammen mit dem Landesvorstand des dbb beamtenbund und tarifunion und seiner Vorsitzenden Lili Lenz am Dienstag, 20. Oktober 2020 auf dem Bahnhofplatz am Hauptbahnhof in Mainz zu einer Mahnwache und demonstrierte vereint gegen die zunehmende Gewalt in der „Gefahrenzone öffentlicher Dienst“.

„Mit dem feigen und brutalen Tritt in das Gesicht eines Polizeibeamten während eines Einsatzes in Andernach, ist die Eskalationsspitze in diesem Jahr erreicht“, sagt der Landesvor-

sitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft in Rheinland-Pfalz.

Nach der Tat konnte der mutmaßliche Täter sehr schnell gefasst werden. Ein 29-Jähriger sitzt seitdem wegen des Vorwurfs des versuchten Totschlags in U-Haft.

„Die Kolleg(inn)en erwarten ein Zeichen der Justiz“, so Meyer.

„Ein Tritt in das Gesicht eines Menschen mit dieser Wucht überschreitet die Grenze einer gefährlichen Körperverletzung deutlich und die Gemeingefährlichkeit, eines der Tatbe-

standsmerkmale zum versuchten Mord steht durchaus im Raum“, fasste der Gewerkschaftschef in seinen Unmut zusammen.

Der gesamte öffentliche Dienst ist besorgt und die aktuellen Berichte über die zunehmende verbale und physische Gewalt bereits an Grundschulen lassen die Beschäftigten nicht zur Ruhe kommen. Noch im September wies der Lehrerverband VBE auf eine neue Studie und das Ausmaß in Rheinland-Pfalz hin. ■



© DPolG RP



© DPoIG RP

Drei Fragen an den Spitzenkandidaten der CDU Rheinland-Pfalz für die kommenden Landtagswahlen, Christian Baldauf, MdL

Herr Baldauf, die Themen Polizei und Gewalt nehmen aktuell einen großen Platz in den Medien ein. Wie ist Ihre Wahrnehmung und wie bewerten Sie die aktuelle Diskussion?

Zunächst nehme ich wahr, dass die Polizei einen guten Job macht! Dafür bin ich sehr dankbar! Denn die Belastung nimmt auch bei der Polizei zu. Ich habe auch während meiner Sommertour viele Polizeiinspektionen besucht und mir vor Ort ein Bild von den Herausforderungen und der Wahrnehmung der aktuellen Diskussionen innerhalb der Polizei machen können. Viele Polizeibeamtinnen und -beamten fühlen sich zu Unrecht von bestimmten Teilen der Politik „in die rechte Ecke“ gestellt. Viele finden es erschreckend, wenn ihnen ein Hang zur Gewalt unterstellt wird.

Dies deckt sich auch mit meiner eigenen Wahrnehmung. Die Debatte um Polizeigewalt und Rassismus wird leider zu undifferenziert geführt. Denn Gott sei Dank ist die amerikanische Polizei nicht mit unserer Polizei vergleichbar. Wir bilden die Polizistinnen und Polizisten in einem Hochschulstudium zu kompetenten Hütern der inneren Sicherheit zum Schutz aller Menschen, die bei uns leben, aus. Von der Einstellung über die Ausbildung bis zur späteren Verwendung ist das Handeln der Polizei immer von einem Menschenbild geprägt, das auf Gleichheit vor dem Gesetz beruht.

Trotzdem wird der Anschein erweckt, als ob es bei uns Parallelen zu den tragischen Ereignissen in den USA gebe. Die Realität sieht aber anders aus. Rassistisch motivierte

Übergriffe seitens der Polizei gab es in Rheinland-Pfalz nach den aktuell vorliegenden Zahlen zwischen Mitte 2018 und 2019 nicht. Das Gleiche gilt bei der sogenannten Polizeigewalt.

Wendet die Polizei bei einer Maßnahme Gewalt an, wird immer öfter – insbesondere in den sozialen Medien – suggeriert, jedwede Ausübung von Gewalt durch die Polizei sei überzogen oder sogar rassistisch motiviert. Die Wahrheit ist aber in aller Regel eine andere. Denn die Beamtinnen und Beamten dürfen – in bestimmten Situationen müssen sie sogar – Gewalt anwenden, um Recht und Gesetz durchzusetzen.

Dies eignet sich aber nicht für eine Skandalisierung. Denn gerade dafür wurde die Polizei vom Staat mit dem Gewaltmonopol ausgestattet. Und für unsere Polizeibeamtinnen und -beamten macht es keinen Unterschied, ob jemand Deutscher oder Ausländer ist. Wer sich nicht an Recht und Gesetz hält, muss – unabhängig von seiner Herkunft – mit Konsequenzen rechnen. Dieses Verständnis ist unserem Rechtsstaat immanent.

Herr Baldauf, gesellschaftlichen (Fehl-)Entwicklungen begegnet der Staat unter anderem mit der Anpassung von Gesetzen. Für die Sicherheitsbehörden in Rheinland-Pfalz bedeutet das Änderungen im Polizei- und Ordnungsdienstgesetz (POG). Wo sehen Sie aktuell Nachholbedarf?

Gerade das POG unterliegt einem laufenden dynamischen Prozess. Es ist wichtig, dass wir als Staat den allgemeinen Ordnungsbehörden und der Polizei

das Handwerkszeug an die Hand geben, mit dem sie ihre Arbeit – die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung – bestmöglich erreichen können. Im September haben wir im Landtag über die Novellierung des POG beraten. Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzesentwurf lässt die Antwort auf die von Ihnen angesprochenen Fehlentwicklungen vermissen. Er beschränkte sich fast ausschließlich auf die Umsetzung von EU-Richtlinien und von Rechtsprechung. Lösungen für die drängenden Probleme enthielt der Entwurf aber leider nicht. Die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamten nimmt auch bei uns in Rheinland-Pfalz zu. Hiervon ist auch der kommunale Vollzugsdienst betroffen. Bodycams gehören zur Schutzausstattung im weiteren Sinne und bereits die Androhung hat in der weit überwiegenden Zahl der Fälle deeskalierende Wirkung. Deshalb wollten wir mit unserem Änderungsantrag zum POG erreichen, dass der Einsatz von Bodycams auch in Wohnungen möglich wird. Hier geht es um die Eigensicherung, aber auch um einen effektiven Opferschutz im Bereich der häuslichen Gewalt. Wir wollten, dass der kommunale Vollzugsdienst ebenfalls die Bodycams nutzen kann. Und wir wollten das Pre-Recording erlauben, um die Entstehung von Konfliktsituationen dokumentieren zu können.

Auch die Möglichkeit des Betretens der Wohnung bei Ruhestörungen haben wir vorgeschlagen. Leider wurden unsere Vorschläge von den regierungstragenden Fraktionen von SPD, FDP und Grünen abgelehnt.

Herr Baldauf, in welchen Bereichen sehen Sie die Polizei Rheinland-Pfalz eher gut und wo sehen Sie unsere Polizei defizitär aufgestellt?

Ich freue mich, dass wir in Rheinland-Pfalz hochmotivierte und gut ausgebildete Polizistinnen und Polizisten haben! Mit ihrem Einsatz sorgen sie dafür, dass der „Laden läuft“. Die Ausstattung der Polizei lässt allerdings vielerorts zu wünschen übrig. Viele Dienststellen entsprechen nicht den arbeitschutzrechtlichen Bestimmungen. Haushaltsmittel mussten bei Ausbruch der Corona-Pandemie zum Erwerb von Schutzausstattung und Desinfektionsmitteln aufgewandt werden, weshalb andere, bereits geplante Anschaffungen nicht realisiert werden können. Deshalb hat die CDU-Fraktion für den zweiten Nachtragshaushalt zwei Millionen Euro zusätzlich für die Polizei gefordert, damit beispielsweise höhenverstellbare Schreibtische oder Wasserspender noch dieses Jahr angeschafft werden können und nicht erst 2022. Zudem sollten mit diesen Mitteln weitere Homeoffice-Arbeitsplätze eingerichtet werden. Die Ampel-Koalition hat dies bedauerlicherweise abgelehnt. Unabhängig von politischen Standpunkten: Eine angemessene Ausstattung hat etwas mit Respekt zu tun! Dieser Respekt des Dienstherrn gegenüber seinen Bediensteten schwindet in meiner Wahrnehmung aber.

Ein weiteres Defizit ist die personelle Ausstattung. Von den mindestens notwendigen 10 000 Vollzeitäquivalenten sind wir noch weit entfernt.

*Das Gespräch führte
Thomas Meyer*



DPolG im Gespräch mit der Behördenleitung des PP Mainz

Überschattet wurde das zwei-stündige Gespräch am 14. Oktober vom Gewaltexzess bei einem Einsatz im Bereich der PI Andernach. Alle Anwesenden standen noch sichtlich unter dem Eindruck der Ereignisse.

„Die Sicherheit der eigenen Einsatzkräfte muss im Mittelpunkt unserer Anstrengungen stehen“, äußerte sich der Landesvorsitzende, Thomas Meyer. Dazu gehören neben dem notwendigen Personal auch die Einsatzrüstung, eine ausreichende Aus- und Fortbildung und die Zusammenarbeit mit den kommunalen Ordnungsbehörden.

„Die Dienstgruppen im Wechselschichtdienst fahren zu häufig auf Mindeststärke“, berichtet Patrick Müller, aktiver DGL und stellvertretender Landes-

vorsitzender. Polizeipräsident Rainer Hamm weiß um die Vorteile der Großstadt, wenn es um die schnelle Verfügbarkeit von Einsatzkräften geht und ergänzt: „Die Einführung des zentralen Notrufmanagements war ein wichtiges Instrument und in Mainz profitiere man von vergleichsweise guten Strukturen und einem personell relativ gut aufgestellten kommunalen Vollzugsdienst.

Alle Seiten waren sich einig, welchen hohen Stellenwert die Bodycam und der Taser haben. Die Polizei ist nun besser in der Lage, sich und andere zu schützen und durch eigene Videoaufnahmen die Sicht der Einsatzkräfte zu zeigen. „Die MEG's oder das K 6 müssen schnellstens damit ausgerüstet werden“, forderte Stefan Roth, selbst seit Jahren im K 6 tätig.



© DPolG RP

In diesem Zusammenhang erläuterte Vizepräsident Thomas Brühl die Versammlungslagen in Ingelheim und Worms. Das Vorgehen der Bereitschaftspolizei war nicht zu beanstanden. Das sieht der Innenausschuss des Landtags ebenfalls so. Unfassbar ist für die DPolG die Tatsache, dass es regelrecht „Fake-Beschwerden“ gab, also Anschuldigungen von Beschwerdeführern, die nachweislich nicht vor Ort waren. Hier fehlt es offensichtlich an dem Verfolgungswillen der Staatsanwaltschaft.

Weitere Themen waren aus Sicht der DPolG-Vertreter die Liegenschaftsprobleme, mehr Finanzmittel zur energetischen Sanierung, ohne den Polizei-

haushalt zu belasten, Defizite beim Schieß- und Einsatztraining, die Ermittlungen rund um den „Vorfall Heringsbrunnen“. Hier trug man der Behördenleitung die Wahrnehmung der betroffenen Dienstgruppe vor. „Die Sachbearbeitung mittels Mobile Devices – MoAP – sei eine gute, aber noch ausbaufähige Sache, die unter erheblichem Druck des Finanzministeriums stehe“, erläuterte Vizepräsident Thomas Brühl.

„Am Ende des Tages war es ein fruchtbares Gespräch in Zeiten einer Pandemie, die den persönlichen Austausch erheblich erschwere“, fasst der Landeschef der DPolG dieses Treffen zusammen. ■

Nachruf

Die DPolG Rheinland-Pfalz trauert um

Paul Arend

der am 19. September dieses Jahres im Alter von 98 Jahren verstorben ist.

Paul Arend war für die DPolG stets ein kompetenter Ansprechpartner in den vielfältigen Bereichen des Beamtenrechtes. Mit ihm konnten viele Einzelfragen diskutiert und eine Lösung herbeigeführt werden. Bei etlichen Anfragen war er wertvoller Berater. Ihm gebührt dauerhafte Anerkennung.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Landesvorstand

> Wir gratulieren

Im Monat November 2020 haben Geburtstag:

40 Jahre

Daniel Melzer
Christopher Strosetzki

55 Jahre

Götz Andreas Franke
Cornelia Bohn
Bernd Schmitz

60 Jahre

Heinz Wilhelm
Jutta Geimer
Jürgen Metz

65 Jahre

Rainer Jung
Wolfgang Willems
Rüdiger Backes

70 Jahre

Marianne Ben Taieb

Paul Skorny

Karlheinz Becker

71 Jahre

Jürgen Schmitt
Robert Schwantzer
Gerd Morgenstern
Arno Benz

72 Jahre

Bernd Hampel

73 Jahre

Kurt Sämann

74 Jahre

Bernd Michels

78 Jahre

Gottfried Schulz
Dieter Hoffmann

81 Jahre

Burkhard Nimmegern